



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/72

25. März 1950

Die letzte Maske fällt

-----  
F.F., Leipzig

Als im Mai 1949 sogenannte Volkskongreß-Wahlen in der Ostzone als Einheits-Wahlen durchgeführt wurden, liess es die SED nicht an Beschwichtigungen fehlen. Das sei ein einmaliger Ausnahmezustand, wurde erklärt, bei regulären politischen Wahlen werde selbstverständlich nach getrennten Listen der Parteien gewählt werden. Auch die Vorsitzenden der LDP und CDU äusserten sich noch zu Beginn dieses Jahres mit allem Nachdruck in der gleichen Richtung. Skeptiker wurden bis in die letzten Wochen als böswillige Gerüchteverbreiter, Saboteure und Volksfeinde, an den Franger gestellt.

Was gestern aber noch Verleumdung war, ist heute bereits Propaganda der "staatstragenden Kräfte. Offen werden Einheitswahlen mit Einheitslisten gefordert. Als erste Propagandisten dieses neuesten "Fortschritts" wurden jene CDU- und LDP-Funktionäre vorgeschickt, die sich soeben erst ihre besonderen Verdienste um die Verfolgung und Ausbootung unerschrockener bürgerlicher Politiker erworben hatten:

jener Ehrgeizling Dedek aus Schwarzenberg, der die Hetzkampagne gegen Prof. Hickmann im Auftrage der sowjetischen Besatzungsmacht eröffnet hatte, und sein Gesinnungsfreund Rambo in Leipzig, der zum Lohn für seinen Verrat an der eigenen Partei als Nachfolger Hickmanns Vizepräsident der Volkskammer wurde. Diese buchstäblich käuflichen Opportunisten und Postenjäger bekundeten jetzt, dass die Herbstwahlen nicht nur im Rahmen der "Nationalen Front", sondern ausser unter einem einheitlichen Programm auch mit einheitlichen Kandidatenlisten durchgeführt werden müssten.

Wie immer in solchen Fällen, so auch diesmal: ist erst einmal

das Stichwort gefallen, dann fällt der Chor ein. Von Tag zu Tag mehreren sich die "spontanen" Stimmen aus den Kreisen der zentralen Parteien und sogenannten Massenorganisationen, die befehls-gemäss den gleichen Wunsch auf Einheitswahlen mit Einheitslisten äussern. Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, dass schliesslich das Politbüro der SED und die Sowjetische Kontrollkommission "unter dem Druck dieses Volkswillens", den sie beide zuvor inszeniert und erzwungen haben, diesem Wahltheater ihren Segen geben werden. Das ist, von ihnen ausgesehen, natürlich, denn sie halten jede echte Wahl für das denkbar grösste Risiko, das sie auf keinen Fall einzugehen beabsichtigen. Weshalb sie ja auch auf den Vorschlag, in ganz Deutschland wirklich demokratische Wahlen durchzuführen, nur mit einer Flut von Beschimpfungen antworten.

Einheitslisten bei einer Einheitwahl - das ist die letzte Demaskierung der Sowjetzonen-Demokratie. Nun sind die Requisiten des reinen brutalen Polizeistaates komplett: Staatsjugend, Einheitsorganisationen, Staatssicherheitsdienst, Propagandaministerium, Konzentrationslager, Spionenfurcht und hemmungslose Hetze nach draussen, Volksgerichtshof, Schauprozesse, Zwangsarbeit durch Dienstverpflichtungen, ein Scheinparlament und eine Einparteien-Herrschaft. Weder das Kraftpretzementum noch der Verfolgungswahn können ausbleiben. Und ebensowenig die hundertprozentige Wahlbeteiligung, wobei es nur "jubelnde Zustimmung" zu den Einheitskandidaten geben kann, weil schon eine ungütig gemachte Stimme einen lebensgefährlichen "volksfeindlichen Akt" darstellt. Wie in der Sowjetunion, die eben erst der Staatspartei hundertprozentig (genau mit 99,98% der Stimmen) ihr absolutes Vertrauen aussprach. In der Presse der Sowjetzone konnte man darüber lesen, dies sei die demokratischste Wahl der Welt gewesen.

Man darf gespannt sein, was die Kastner und Hahmann, Muschke und Dertinger an geistigen Verrenkungen produzieren werden, wenn sie offiziell ihr erst kürzlich verpfändetes Wort, niemals Einheitswahlen mit Einheitslisten zustimmen zu wollen, jetzt in ein genau entgegengesetztes Bekenntnis werden ummünzen müssen. Es wird aber auch lehrreich sein, wie man ausserhalb der deutschen Grenzen auf das Geschehen in der Sowjetzone reagieren wird. Ob man etwa, weil sich das so gut macht, sagen wird: seht, die Deutschen sind unverbesserliche Anhänger des Totalitarismus.

Zum Tode Harold Laskis

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat folgendes Telegramm anlässlich des Todes Harold Laskis an den Generalsekretär der britischen Arbeiter-Partei, Morgan Phillips, gesandt:

" Bitte übermitteln Sie Mrs.Laski das tiefste Bedauern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir bewunderten Harold Laski als Persönlichkeit der Internationalen Arbeiterbewegung, der höchst inspirierende Beiträge zum sozialistischen Gedankengut geliefert

hat. Wir bedauern aufs tiefste den Verlust, den der britische Sozialismus durch Laskis Tod erlitten hat."

Mit brüderlichen Grüßen  
gez.Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer

x

Professor Harold Laski war eine der markantesten Erscheinungen des englischen und des internationalen Sozialismus mit ausgeprägtem, persönlichem Profil, mit mehr Gegnern als Freunden. Er war eine glänzende wissenschaftliche Begabung von grossen Fähigkeiten und ungemainer Arbeitskraft, ein international angesehener Theoretiker des Sozialismus und ein Publizist mit grosser Breiten- und Tiefenwirkung.

Diese Wirkung erzielte er durch Veröffentlichungen in Tageszeitungen und Zeitschriften, sowie eine Reihe von recht bemerkenswerten Bro-

schüren und Büchern, schliesslich durch seine Tätigkeit an Lehrstühlen in Kanada, den USA und vor allen Dingen in Grossbritannien selbst.

In früheren Jahren hat er auch Vorlesungen in Moskau gehalten.

Mit der deutschen Sozialdemokratie ist er nicht immer einverstanden gewesen und diese nicht mit ihm. Das war vor allem in der

jüngsten Vergangenheit der Fall. So kam es mehrfach zu Kontroversen, die aber nie das peinliche Moment einer Diffamierung der Motive in

sich schlossen. - Politisch ist er Zeit seines Lebens ein Radikaler gewesen, der nicht viel von Reformen und von der evolutionären Methode hielt. Aber bei all seinem weichen Interesse für die kommunistische Ideologie, ihre Entwicklung und ihre Anwendung in der Praxis hat er die Diktatur einer arbeiterfeindlichen Staatsmaschine stets mit allen Mitteln bekämpft, die ihm zur Verfügung standen.

(Anm.f.d.Red.: Wir nehmen an, dass Material über die äusseren Lebensdaten vorliegt.)

KP- Frühjahrsoffensive in der CSR

-----

with. Nach übereinstimmenden Berichten politischer Flüchtlinge aus Prag und Meldungen in Wien und London werden von den tschechischen Kommunisten eingehende Vorbereitungen für die grösste politische Offensive seit der Machtergreifung im Februar 1948 getroffen.

Sie soll im Frühjahr beginnen. Ihr Ziel ist aussenpolitisch die völlige Abschliessung gegenüber den westeuropäischen Ländern und innenpolitisch die ebenso vollkommene Versklavung des tschechischen Volkes nach sowjetischem Muster.

Die aussenpolitischen Massnahmen lassen sich nach den vorliegenden Informationen wie folgt umreissen:

1. Völlige Schliessung der Grenze zwischen Österreich und der Tschechoslowakei durch einen dichten Wall von Stacheldraht-Hindernissen, Wachttürmen und Minenfeldern.
2. Verstärkung der Grenzschutzverbände entlang der österreichischen Grenze.

Ausser diesen beiden ausschliesslich militärisch zu wertenden Massnahmen sind vorgesehen:

3. Eingehende polizeiliche Überwachung aller in der Tschechei von ausländischen Staaten oder Kulturorganisationen unterhaltenen Institute, verbunden mit der Forderung auf erhebliche Reduzierung ihres Personalbestandes und dem ferneren Ziele ihrer völligen Zurückziehung.
4. "Reinigung" aller auswärtigen Handelsvertretungen in Prag und der tschechischen Wirtschaftsvertretungen im Auslande.

Den moskowitzischen Machthabern in Prag ist es ein Dorn im Auge, dass über 45% des tschechischen Aussenhandels auf den Verkehr mit

westeuropäischen Ländern entfällt. Das Prager Regime sieht in diesem Kontakt eine "kapitalistische Beschmutzung der sozialistischen Entwicklung."

Die innenpolitischen Ziele der Frühjahrsoffensive sollen durch folgende Massnahmen erreicht werden:

Verstärkte Aktion gegen alle "Feinde" des Staates. Die Polizei ist angewiesen worden, sich auf solche Unternehmungen vorzubereiten.

P/7/72

- 4 -

25.3.1950

reiten. Es ist zu diesem Zweck ein enges Netz von Spitzeln über das gesamte Staatsgebiet gezogen worden. Jedes Polizeirevier in Frage hat

mehrere Gruppen dieser Agenten zugewiesen erhalten. Diese Gruppen wählen sich ihre Führer selbst, empfangen ihre Instruktionen aber

von dem kommunistischen "National-Komitee" und geben auch ihre Informationen an dieses Komitee weiter. Die ländlichen Lokalkom-

mittees sind reorganisiert und verstärkt worden, damit sie ihrer wichtigsten Aufgabe, "Exekutoren der Staatsmacht in den Dörfern zu

sein" und "der dörflichen Entwicklung zu höheren Formen zu verhelfen", nachkommen können.

Im "volksdemokratischen" Jargon bedeutet das, dass die "Lokalkomitees" dafür zu sorgen haben, daß das grosse Kollektivierungsprogramm der Regierung in diesem Sommer unbedingt durchgeführt wird.

-B-o-o-o-o-

Schlechte Gewohnheit

sp. Mainz, 25. März

Solange in Westdeutschland die Besatzungsmächte die einzigen souveränen Gesetzgeber waren, gehörte es zu den Pflichten der deutschen Verwaltung, mit den jeweiligen Instanzen der Militärregierung über den Sinn erlassener Anordnungen zu diskutieren und - wenn es verlangt wurde - in deutschen Bereich aufgestellte Verwaltungsakten zur Begutachtung und Entscheidung vorzulegen. Als es noch kein Besatzungsstatut gab, bestand auch der Befehl der Militärregierungen, dass die Tagesordnung der Landtagsitzungen dem jeweiligen politischen Offizier des Landes zur Genehmigung vorgelegt werden musste. In allen Ländern Westdeutschlands - ausser einem - ist man inzwischen von diesem Verfahren abgekommen, denn die Besatzungsmächte legen keinen grossen Wert auf eine Vorzensur, wenn die Möglichkeit einer Nachzensur deutscher Gesetze immer noch gegeben ist.

Rheinland-Pfalz macht eine Ausnahme. In dem repräsentativen Regierungsgebäude in Koblenz am Rhein empfängt Monsieur Foucry

- 5 -

P/7/72

- 5 -

25.3.1950

der politische Berater des französischen Landeskommissars, nach wie vor den Landtagspräsidenten oder einen Stellvertreter, um die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung einzusehen. Nicht, dass Monsieur Foucry einen Druck auf die deutschen Demokraten ausübt, dafür ist er

zu gebildet und zu taktvoll. Aber er hält etwas auf Tradition und einige deutsche Politiker im Landtag Rheinland-Pfalz tun das an-

scheinend noch viel mehr. Schliesslich ist Monsieur Foucry schon drei Jahre in seinem Amt-warum also von liebgewordenen alten Gewohnheiten abgehen, nachdem sich alles so schön eingespielt hat? Und so geht man hin und tut, als ob sich inzwischen nichts geändert hätte.

Macht der - schlechten - Gewohnheit, mag man sagen. Hoffentlich wird daraus nicht eines Tages ein Gewohnheitsrecht konstruiert.

-o-o-o-

#### Kandidaten für den Verfassungsschutz

-----

sp. Wie wir erfahren, besteht im Bundesinnenministerium die Absicht, zum Leiter des Amtes für Verfassungsschutz bei der Bundesregierung den ehemaligen General Gehlen zu berufen, der auf dem Gebiete des Nachrichtendienstes als Fachmann gilt und in dieser Eigenschaft früher auch vorübergehend unter dem Pseudonym "Dr. Schneider" gearbeitet hat. Gehlen war im Kriege Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost" im OKH. Er ist 50 Jahre alt, Protestant, soll aber die Absicht haben, zum Katholizismus überzutreten. Der NSDAP hat er nicht angehört, heute steht er der CDU nahe.

Auch für die Aussicht genommenen Hauptabteilungen dieses Amtes sind bereits einige Persönlichkeiten vorgeschlagen worden. Es werden

in diesem Zusammenhang u.a. genannt: Oberstleutnant Alexander Waag, ehem. Mitarbeiter von Canaris, beteiligt am 20. Juli 1944, Landrat

Schilling aus Westerwald, der früher dem Zentrum, heute der CDU zuzurechnen ist und 1933 von den Nazis aus dem Amt entfernt wurde sowie

Julius Herf, Hauptankläger in Entnazifizierungsfragen in München.

-o-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunau